



Kammer für Psychologische Psychotherapeuten und  
Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten im Land Berlin

PROTOKOLL

der 68. Delegiertenversammlung vom 24. November 2018

Tagungsort	Geschäftsstelle der Psychotherapeutenkammer Berlin Kurfürstendamm 184, 10707 Berlin
Beginn	09:45 Uhr
Ende	17:00 Uhr
Anwesende	37 Delegierte; 1 Vertreterin der PiA/KJPIA 5 Mitarbeiterinnen der Geschäftsstelle Namensliste der Anwesenden ( <i>Anlage 1 zum Protokoll</i> ) Einsicht in der Geschäftsstelle
Sitzungsleitung	Herr Nutt, Frau Kranewitz, Frau Dr. Szirmak
Protokollantin	Frau Klötzner (Geschäftsstelle)



TAGESORDNUNG	
TOP 1	<b>Formalia</b> 1.1 Begrüßung 1.2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung 1.3 Feststellung der Beschlussfähigkeit und Stimmzahl 1.4 Bekanntgabe der Genehmigung bzw. Nichtgenehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung 1.5 Genehmigung/Ergänzung der TO für die heutige Sitzung/Zeitplan 1.6 Gedenken an verstorbene Mitglieder
TOP 2	<b>Berichte aus dem Vorstand, den Ausschüssen, der PiA Vertretung, von den Beauftragten und der Redaktion</b> Bericht und Diskussion 2.1 Vorstandsbericht 2.2 Bericht des Ausschusses Aus-, Fort- und Weiterbildung 2.3 Bericht des Ausschusses Berufsordnung 2.4 Bericht des Ausschusses Finanzen 2.5 Bericht des Ausschusses Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie 2.6 Bericht des Ausschusses Qualitätssicherung/Wissenschaft/ Forschung 2.7 Bericht des Ausschusses Versorgung 2.8 Bericht der PiA Vertretung 2.9 Bericht aus der Redaktion 2.10 Bericht der Beauftragten für Menschen mit Behinderungen/Inklusion 2.11 Bericht des Kinderschutzbeauftragten
TOP 3	<b>Weitere Berichte</b> Bericht und Diskussion 3.1 AK Psychotherapie mit Älteren 3.2 AK Kostenerstattung 3.3 AK PT mit Menschen mit geistiger Behinderung 3.4 AK Ermächtigte PPs für die Behandlung geflüchteter Menschen 3.5 AK spanisch sprechende PPs und KJPs (Projekt LOST) 3.6 Bericht des Schlichtungsausschusses (s. Schlichtungsordnung)
TOP 4	<b>Beitragsordnung</b> Vierte Änderung der Beitragsordnung <b>Vorlage Nr. 110/2018</b> Diskussion und Abstimmung
TOP 5	<b>Entschädigungsordnung (2019)</b> Achte Änderung der Entschädigungsordnung <b>Vorlage Nr. 111/2018</b> <b>Vorlage Nr. 115/2018</b> 5.1 Präsentation 5.2 Vorstellung von 3 Modellen als Ergebnisse aus den Klausurtagungen von Vorstand und Finanzausschuss am 31.10. und 02.11.2018 5.3 Diskussion und Abstimmung
Pause:	ca. 13.30-14.15 Uhr



TOP 6	<b>Wirtschaftsplan 2019</b> 6.1 Bericht und Entlastung der internen Rechnungsprüfer für 2017 6.2 Entlastung VS 2017 6.3 Festsetzung und Abstimmung des Wirtschaftsplans 2019 <b>Vorlage Nr. 112/2018</b> Diskussion und Abstimmung 6.4 Festsetzung und Abstimmung der Mitgliedsbeiträge 2019 <b>Vorlage Nr. 113/2018</b> Diskussion und Abstimmung
TOP 7	<b>Bedarfsplanung</b> Präsentation vom Ausschuss Versorgung und Diskussion
TOP 8	<b>TSVG – Resolution</b> <b>Vorlage Nr. 114/2018</b> Diskussion und Abstimmung
TOP 9	<b>Kauf eines Bildes durch die Kammer</b> Diskussion und Abstimmung
TOP 10	<b>Nachwahl von Herrn Stöblein als stellvertretender Bundesdelegierter als Ersatz für Gülüzar Schieweck</b> mündlicher Antrag der KJP-Liste Diskussion und Abstimmung
TOP 11	<b>Sonstiges</b> 11.1 DV-Termine 2019: Terminvorschläge

<b>TOP 1    Formalia</b>
--------------------------

1.1 Herr Nutt eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Delegierten und PiA-Vertreterinnen.

Herr Nutt beginnt mit der Abhandlung der Tagesordnungspunkte.

1.2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung durch Herrn Nutt - ohne Widerspruch.

1.3 Feststellung der Beschlussfähigkeit der DV mit der Anwesenheit von 36, später 37, von 47 Delegierten. Die Delegiertenversammlung (DV) ist beschlussfähig.

1.4 Zum Protokoll der 67. DV werden die eingegangenen Änderungswünsche erläutert (*siehe Anlage 2 zum Protokoll*). Die Änderungen werden einstimmig angenommen. Herr Nutt gibt bekannt, dass das Protokoll der vorangegangenen 67. DV somit genehmigt ist.

1.5 Die Tagesordnung (TO) ist ohne Widerspruch genehmigt.

1.6 Im Gedenken an die seit der letzten Versammlung verstorbenen KollegInnen verliest Frau Kranewitz Namen, Geburts- und Todestag. Es folgt eine Gedenkminute.

Herr Nutt gibt bekannt, dass Frau Schweitzer-Köhn kurz auf eine Petition zum TSVG aufmerksam machen möchte. Keine Einwände. Frau Schweitzer-Köhn verweist auf eine derzeit laufende Petition auf dem Petitions-Portal des Bundestages zur Ablehnung des Gesetzentwurfs zum Terminservice- und Versorgungsgesetz (TSVG). Eine entsprechende Unterschriftsliste wird an die Delegierten verteilt. Der Link zur Petition

([https://epetitionen.bundestag.de/content/petitionen/\\_2018/\\_10/\\_25/Petition\\_85363.html](https://epetitionen.bundestag.de/content/petitionen/_2018/_10/_25/Petition_85363.html)) soll an alle Delegierten verschickt werden. Weitere Diskussion zum TSVG später unter TOP 8.



## TOP 2 Berichte aus dem Vorstand, den Ausschüssen, der PiA Vertretung, von den Beauftragten und der Redaktion

### 2.1 Vorstandsbericht

Der Bericht liegt allen schriftlich vor. Fragen:

Herr Thielen möchte wissen, warum die Weiterbildungsordnung im Hinblick auf die Anpassung an das novellierte Heilberufekammergesetz im Satzungsausschuss und nicht im AFW-Ausschuss besprochen werden soll. Herr Krenz erläutert, dass die Aufgabe des Satzungsausschusses darin besteht, zu prüfen, ob die bestehenden Ordnungen gesetzeskonform sind oder angepasst werden müssen. Es wird keine fachlich-inhaltliche Auseinandersetzung im Satzungsausschuss erfolgen. Frau Springer ergänzt, dass der Satzungsausschuss bei inhaltlichen Fragen den AFW-Ausschuss einbeziehen wird.

Frau Voß wünscht nähere Informationen zum Gespräch mit den SIBUZ (**Schulpsychologische und inklusionspädagogische Beratungs- und Unterstützungszentren**). Herr Nutt führt aus, dass es hierbei schwerpunktmäßig um die Versorgungslage im Bezirk Spandau ging. Herr Nutt wird Frau Voß hier zukünftig informieren und mit ihr im Gespräch bleiben. Herr Krenz ergänzt, dass er bei einem Treffen mit der Senatsverwaltung Informationen erhalten hat, dass aus Kostengründen bei den SIBUZ tendenziell keine approbierten PsychotherapeutInnen eingestellt werden, sondern vorwiegend PsychologInnen. Die Kammer wird weiter dafür eintreten, dass approbierte PsychotherapeutInnen eingestellt werden.

### 2.2 Bericht des Ausschusses Aus-, Fort-und Weiterbildung

Der Bericht liegt schriftlich vor. Keine Fragen.

### 2.3 Bericht des Ausschusses Berufsordnung

Der Bericht liegt schriftlich vor. Keine Fragen.

### 2.4 Bericht des Ausschusses Finanzen

Der Bericht liegt schriftlich vor. Keine Fragen.

### 2.5 Bericht des Ausschusses Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie

Der Bericht liegt schriftlich vor. Keine Fragen. Rückblickend auf die letzte DV entschuldigt sich Frau Voß nochmals für ihre Wortwahl.

### 2.6 Bericht des Ausschusses Qualitätssicherung/Wissenschaft/ Forschung

Der Bericht liegt schriftlich vor. Keine Fragen.

### 2.7 Bericht des Ausschusses Versorgung

Frau Isaac-Candeias wünscht, dass Frau Dr. Gutz rückblickend noch etwas zur Veranstaltung „Praxisauslastung“ mündlich berichtet. Frau Dr. Gutz erläutert die einzelnen Themenpunkte und ReferentInnen. Die Veranstaltung war sehr gut besucht und bekam mit einer Note von 1,5 für den Gesamteindruck eine sehr gute Bewertung. Frau Isaac-Candeias kritisiert in diesem Zusammenhang die Einstellung der Arbeit der AG zur Praxisbewertung seitens der BPTK und wünscht, dass sich die Kammer noch stärker zu diesem Thema positioniert (z.B. Erarbeitung und Aufstellung von Kriterien beim Praxisverkauf).

Frau Hillenbrand führt Gründe für das Scheitern der AG zur Praxisbewertung auf. Diese lagen hauptsächlich in der Schwierigkeit, eine technische Grundlage der Berechnungsmodelle für alle EDV-Programme bundesweit zu schaffen. Das Thema bleibt aber weiterhin aktuell und wird weiter diskutiert werden. Frau Röseler ergänzt, dass das Thema weiterhin öffentlichkeitswirksam durch die Kammer an



die Mitglieder herangetragen werden sollte.

Herr Krenz betont, dass eine Überprüfung der Auslastung durch die KV-Berlin im nächsten Jahr erneut erfolgen wird und es daher aus seiner Sicht wichtig ist, dass sich betroffene PsychotherapeutInnen beraten lassen, um die Praxen ausreichend auszulasten. Frau Springer unterstreicht, dass die Berufsverbände und Aus – und Weiterbildungsinstitute gute Informationen dazu haben. Wichtig ist daher, die Mitglieder zu beraten, die hier nicht gut an die Verbände angebunden sind. Im nächsten Jahr wird weiter geprüft, die Mitglieder müssen das Thema entsprechend ernst nehmen. Herr Luttermann regt eine Folgeveranstaltung zu diesem Thema in 2019 an.

Frau Szirmak sieht die Notwendigkeit, bei einer nächsten Veranstaltung eine/n SteuerberaterIn als ReferentIn einzubinden. Kritisch diskutiert wurde die Rolle von RechtsanwältInnen bei Praxisverkäufen, da diese zum Teil ihren MandantInnen zu hohen Praxis-Verkaufspreisen raten. Besonders bei der ReferentInnenauswahl für Veranstaltungen sollte überlegt vorgegangen werden.

Fr. Grammel fragt, inwiefern davon auszugehen ist, dass beim Jobsharing die Leistungsobergrenze von 125% des Fachgruppendurchschnittes nochmals erhöht wird. Frau Schweitzer-Köhn geht von keiner Erhöhung aus, da diese Quote bereits eine Ausnahmeregelung für PsychotherapeutInnen darstellt. Für eine erneute Veranstaltung solle man ggfs. darüber nachdenken, inwiefern ein Themenpunkt die Interpretation des Honorarberichts der KV aufnimmt. Aus diesem wird gut ersichtlich, wo man in der Therapeutenlandschaft steht. Frau Rohe verweist hier auf kostenlose Veranstaltungen der KV und sieht dies nicht als Aufgabe der Kammer. Frau Hesse berichtet vom Besuch einer Fortbildung zum Thema Jobsharing. Ihrer Ansicht nach, gibt es in Berlin im bundesweiten Vergleich die besten Bedingungen beim Jobsharing. Als Vertreterin ihrer Liste wird sie im BO-Ausschuss das Thema Praxisverkauf / Markpreise ab Januar als Thema besprechen. Herr Saecker betont in diesem Zusammenhang nochmals die besondere Schwierigkeit bei KJPlern, für die es äußerst schwer ist, ihre Praxis auszulasten, da eine Behandlung von Kindern- und Jugendlichen in der Regel nur am Nachmittag möglich ist. Aus seiner Sicht sind bei KJPlern daher andere Kriterien bei einer Auslastungsüberprüfung anzubringen.

Dem aus der DV heraus geäußerten Wunsch, aktuelle Fachgruppendurchschnitte bekannt zu geben, kann aufgrund der quartalsweisen Datenerhebung nichtentsprochen werden.

Frau Isaac-Candeias stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung und bittet um Schließung der Rednerliste. Gegenrede Frau Schweitzer-Köhn: ein Antrag auf Schließung der Rednerliste darf nicht erfolgen, wenn man selbst gesprochen hat. Die Diskussion wird fortgeführt.

Frau Eger unterstützt die Ausführungen von Herrn Saecker. Die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, hier besonders bei PatientInnen mit schweren Krankheitsbildern, ist sehr arbeitsintensiv, so dass trotz geringerer Anzahl an PatientInnen, der Arbeitsumfang sehr hoch ist. Frau Eger wünscht hierzu eine Darstellung im Kammerbrief o.ä..

Herr Nutt stellt den Antrag die Rednerliste zu schließen.

Abstimmung:

Ergebnis: Ja: Mehrheit (ohne Auszählung) Nein: 0 Enthaltungen: 0

Der Antrag ist angenommen.

## 2.8 Bericht der PiA Vertretung

Der Bericht liegt vor. Herr Thielen verweist auf den letzten DPT. Der Antrag der PiAs auf Antragsrecht wurde nicht behandelt. Er fordert die Bundesdelegierten dazu auf, sich dafür einzusetzen, dass der Tagesordnungspunkt beim nächsten DPT früher behandelt wird. Auch die PiAs werden sich weiter dafür einsetzen.

## 2.9 Bericht aus der Redaktion

Der Bericht liegt vor. Keine Fragen.

## 2.10 Bericht der Beauftragten für Menschen mit Behinderungen/Inklusion.

Kein mündlicher Bericht wegen Abwesenheit von Frau Dr. Ertle.



## 2.11 Bericht des Kinderschutzbeauftragten

Der Bericht liegt vor. Keine Fragen.

<b>TOP 3    Weitere Berichte Bericht und Diskussion</b>
---

### 3.1    AK Psychotherapie mit Älteren

Frau Röseler berichtet von den Aktivitäten des AK Psychotherapie mit Älteren. Schwerpunkt der Arbeit des Arbeitskreises bildet die Erarbeitung einer Stichwortbroschüre für PsychotherapeutInnen, die mit älteren Menschen arbeiten und sich mit dieser Broschüre über „angrenzende“ Versorgungsthemen informieren können. Die Stichwortbroschüre beinhaltet folgende Themen:

1. Demenz: Diagnostik, Beratung, Behandlung
2. Soziales: Wohnen, Alltagsversorgung, Sicherheit im Alltag
3. Freizeit – Ehrenamt – Aktivitäten
4. Mobilität
5. Pflege
6. Selbsthilfe
7. Psychische Störungen (z.B. Sucht, Depression, Angststörungen, Traumafolgestörungen)
8. Gesundheit – Somatik

Applaus der DV.

### 3.2    AK Kostenerstattung

Der Bericht liegt schriftlich vor. Herrn Thielen interessiert, warum die Kassen Therapien wieder vermehrt bewilligen. Frau Szirmak führt aus, dass sich der Druck durch die Arbeit des Netzwerkes erhöht hat. Die Netzwerkmitglieder halten sehr gut zusammen und sind sehr gut organisiert. Im Netzwerk wurden Vorlagen für Widerspruchsschreiben erarbeitet und für alle Mitglieder des Netzwerkes zur Verfügung gestellt. An der Strategie der Kassen hat sich nichts verändert. Aktuell hat das Berliner Kostenerstatter – Netzwerk über 400 Mitglieder und ist damit bundesweit die größte Liste. Herr Saecker bedankt sich für das Engagement von Frau Szirmak und unterstreicht, dass sich die Kammer zum Thema Kostenerstattung weiter positionieren muss.

### 3.3    AK PT mit Menschen mit geistiger Behinderung

Frau Hillenbrand berichtet über die Aktivitäten des Arbeitskreises. Für den nächsten LPT wird eine Veranstaltung zum Thema Behandlung von Menschen mit geistiger Behinderung geplant. Die Mitglieder des Arbeitskreises freuen sich über die Lockerung der Psychotherapierichtlinie bei der psychotherapeutischen Behandlung von Menschen mit geistiger Behinderung. Demnach können mehr Sprechstunden bei der Arbeit mit diesem Personkreis abgerechnet werden. Herr Luttermann ergänzt, dass das im Arbeitskreis erarbeitete Curriculum im Januar den Ausbildungsinstituten vorgestellt wird.

### 3.4    AK Ermächtigte PPs für die Behandlung geflüchteter Menschen

Frau Hillenbrand berichtet, dass aktuell die Ermächtigungen erneuert werden müssen. Aufgrund von Schwierigkeiten seitens der KV bei der Auslage der Grundlage zur Ermächtigung, sind einige Ermächtigte zurückgetreten.

Seit der letzten DV hat keine Sitzung des Arbeitskreises stattgefunden. Herr Pauli erwähnt in diesem Zusammenhang, dass in seiner Beratungsstelle derzeit in diesem Bereich eine offene Stelle zu vergeben ist, die auch von einer/m approbierten PsychotherapeutIn besetzt werden kann.

In diesem Zusammenhang wird erwähnt, dass sich bei der Beratung und Behandlung von Geflüchteten die Erstattung von Dolmetscherkosten als schwierig gestaltet. Vom LaGeSo werden diese zwar grundsätzlich erstattet, aber oft erst stark verzögert. Andere Möglichkeiten Dolmetscher abzurufen und zu finanzieren sind zum Großteil nicht praktikabel.

Auf Nachfrage von Frau Grammel zu fremdsprachlicher Psychotherapie berichtet Frau Kemper-Bürger von einem Gespräch mit der Senatsverwaltung hinsichtlich möglicher Finanzierung. Seitens der Senatsverwaltung wird es hier keine finanzielle Unterstützung geben.



AK spanisch sprechende PPs und KJPs (Projekt LOST)

Frau Isaac-Candeias berichtet von der Veranstaltung am 28.9.18 bei der das Projekt nochmals vorgestellt worden und die Ausstellung eines Teilnehmers der „Lost-Gruppe“ in der Kammer eröffnet worden ist. Leider waren nur wenige Kammermitglieder bei der Veranstaltung, auch als VertreterInnen der Krankenkassen war nur die DAK anwesend. Die Veranstaltung war trotzdem gut besucht und sehr erfolgreich. Über die DAK wird noch eine letzte Gruppe finanziert. Aufgrund des Erfolgs des Projektes wünscht sich Frau Isaac-Candeias eine Fortsetzung, benötigt hierfür aber Unterstützung vom Vorstand, um eine weitere Finanzierung zu ermöglichen. Es gibt auch Überlegungen, dass Projekt über andere Institutionen (Beratungsstellen) weiter laufen zu lassen. Frau Eger war bei der Veranstaltung und fand diese überaus gelungen. Herr Krenz unterstreicht die Einzigartigkeit des Projektes nochmals. Das Projekt zeichnet sich dadurch aus, dass psychotherapeutische Kenntnisse in einem niedrigschwelligen Projekt außerhalb des üblichen Therapeuten-Settings angewandt werden. Finanzierungsmöglichkeiten über die Senatsverwaltung (Frau Kolat) zu erhalten, hält der Vorstand für schwierig, wird das Thema aber immer wieder anbringen. Weitere Möglichkeiten über EU-Mittel oder Krankenkassen werden geprüft, Frau Kemper-Bürger verfolgt die Idee einer möglichen Anpassung des Präventionsleitfadens, so dass das Projekt dann über die Kassen abrechenbar wäre.

Frau Isaac-Candeias ergänzt, dass sich über das Lost-Projekt hinaus noch der AK spanische sprechender PsychotherapeutInnen trifft, ein Arbeitskreis mit dem Ziel der Vernetzung.

3.5 Bericht des Schlichtungsausschusses (s. Schlichtungsordnung)

Der Bericht liegt schriftlich vor. Entsprechend der Schlichtungsordnung ist dieser jährlich zu erstellen. Keine Fragen.

Pause: 11:25 bis 11:50

Herr Thielen stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung, um kurz auf die aktuellen Entwicklungen hinsichtlich der Anerkennung der systemischen Therapie hinzuweisen.

Abstimmung:

Ergebnis: Ja: Mehrheit (ohne Auszählung) Nein: 0 Enthaltungen: 4

Der Antrag ist angenommen.

Herr Thielen berichtet, dass der G-BA die Wirksamkeit der Systemischen Therapie bei Erwachsenen anerkannt hat. Das Prüfverfahren hatte viele Jahre gedauert. Herr Ebel verweist in diesem Zusammenhang auf die aktuelle Pressemitteilung der BpTK. Bis zur Aufnahme als Richtlinienverfahren werden noch ca. 3-5 Jahre vergehen.

**TOP 4 Beitragsordnung**  
**Vierte Änderung der Beitragsordnung**  
**Vorlage Nr. 110/2018**  
**Diskussion und Abstimmung**

Die aktuelle Fassung der Vorlage 110/2018 nebst Anlagen 1 (Änderungsbefehl) und 2 (Textfassung) mit Stand vom 23.11.2018 liegen allen Delegierten als (Tisch)vorlage vor. Frau Hillenbrand erläutert die Vorlage zur Änderung der Beitragsordnung. Der Finanzausschuss und der Vorstand hatten gemeinsam die Einführung einer weiteren Beitragsstufe erarbeitet, im Rahmen der letzten Delegiertenversammlung wurden die finanziellen Auswirkungen bereits detailliert vorgestellt.

Frau Rohe dankt im Namen des Finanzausschusses der Geschäftsstelle, die sehr detaillierte Berechnungen zur Entwicklung der neuen Beitragsstufe erarbeitet hatte und plädiert für die Unterstützung des vorliegenden Antrags.

Zur **Abstimmung** kommt die Vorlage Nr. 110/2018 nebst Anlagen 1 (Änderungsbefehl) und 2 (Textfas-



sung) Stand 23.11.2018. Gegenstand: Vierte Änderung der Beitragsordnung. Beschlusstext: gemäß Vorlage Nr. 110/2018 nebst Anlagen 1 (Änderungsbefehl) und 2 (Textfassung) Stand 23.11.2018

Ergebnis: Ja: 37      Nein: 0      Enthaltungen: 0  
Der Antrag ist einstimmig angenommen.

**TOP 5 Entschädigungsordnung (2019)**  
**Achte Änderung der Entschädigungsordnung**  
**Vorlage Nr. 111/2018**  
**Vorlage Nr. 115/2018**  
**5.1 Präsentation**  
**5.2 Vorstellung von 3 Modellen als Ergebnisse aus den Klausurtagungen von Vorstand und Finanzausschuss am 31.10. und 02.11.2018**  
**5.3 Diskussion und Abstimmung**

Herr Nutt führt aus, dass zwei schriftliche Vorlagen zur Änderung der Entschädigungsordnung eingereicht worden sind (Vorlagen Nr. 111/2018 und 115/2018). Ein weiterer mündlicher Antrag aus der DV mit einem weiteren Entschädigungsmodell wird ggfs. zusätzlich gestellt werden.

Frau Kemper-Bürger ergänzt, dass es sich konkret um die 3 folgenden Modelle handelt, die bei der letzten Klausurtagung des Vorstands und Finanzausschusses am 02.11.2018 diskutiert wurden:

Vorlage Nr. 111/2018	Vorlage Nr. 115/2018	Vorlage von einigen Mitgliedern des Finanz-Ausschusses
-entspricht Modell 8/10	-entspricht Modell 3c	-entspricht Modell 6c/10
-mehrheitlich vom Vorstand unterstützt	-von der Fraktion Bündnis unterstützt	-von einigen Mitgliedern des Finanzausschusses unterstützt

Frau Kemper-Bürger schlägt folgenden Ablauf zur Abhandlung des TOPs vor:

1. Vorstellung der 3 Modelle
2. Diskussion
3. Entscheidung / Abfrage, ob Modell 6c+10 auch als Antrag aufgenommen werden soll
4. Abstimmung

#### 1.a)

Frau Hillenbrand stellt die **Vorlage Nr. 111/2018 (=Modell 8/10)** vor. Aus ihrer Sicht haben sich die Aufgaben der Vorstandsmitglieder in den letzten Jahren erheblich erweitert, die Anforderungen sind vor allem bei der Gremienarbeit und der Vertretung der Kammer nach außen gegenüber Politik und (Fach)Öffentlichkeit gestiegen. Die konkreten Aufgabenschwerpunkte des Vorstandes werden präsentiert (siehe hierzu *Anlage 3 zum Protokoll*). Eine Erhöhung der Entschädigungen entsprechend der Vorlage ist nach 6 Jahren daher aus ihrer Sicht gerechtfertigt. Dieses und weitere Modelle wurden innerhalb von 1-2 Jahren intensiv berechnet und vor dem Hintergrund der Finanzierbarkeit intensiv geprüft. Die Finanzierbarkeit ist aufgrund der Berechnungen gegeben. Auch für zukünftige ehrenamtlich Tätige soll die Arbeit für die Kammer attraktiv gestaltet werden.

#### 1.b)

Herr Franke (Fraktion Bündnis) stellt die **Vorlage Nr. 115/2018 (=Modell 3c)** vor. Die Bündnis-Fraktion plädiert für eine maßvolle Anpassung der Entschädigungen. Es gebe nur 3 andere Kammern, die höhere Entschädigungen hätten als Berlin, Berlin bewege sich im Mittelfeld. Ggfs. sollte eher über die Absenkung der Mitgliedsbeiträge nachgedacht werden.

Frau Dr. Trösken bittet um eine ausführliche Darstellung der 3 Modelle, damit alle Delegierten über einen gleichen Kenntnisstand bei der Abstimmung verfügen. (s. Punkt 1c)  
Sie fragt, ob auch nur Teile der vorgestellten Modelle wählbar sind? Frau Kemper-Bürger führt aus,



dass die vorliegenden Modelle in den zur Vorbereitung der DV eingerichteten Gremien entwickelt, kalkuliert und ausführlich beraten wurden..

Frau Kemper-Bürger weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass für die 3 dargestellten Modelle der Wirtschaftsplan 2019 kalkuliert vorliegt und die Entscheidung über das Entschädigungsmodell direkten Einfluss auf die Abstimmung des Wirtschaftsplanes hat. Selbstverständlich kann jede/r Delegierter/e zu jedem Punkt einen Antrag stellen, allerdings müssen die finanziellen Auswirkungen für jede/n Delegierten/e für die Abstimmung des Wirtschaftsplans ersichtlich sein. Ansonsten kann der der Wirtschaftsplan in dieser Sitzung nicht abgestimmt werden und es müsste ggfs. eine Sondersitzung zur Abstimmung des Wirtschaftsplans einberufen werden.

Frau Dr. Trösken stellt einen Antrag und möchte folgendes Entschädigungsmodell abstimmen lassen. Identisch zum Modell 8/10 geändert in Variante 10 wie folgt:

„Im Übrigen werden die Sitzungsgelder für das Jahr 2019 von 50 € auf 70 € und ab dem Jahr 2020 von 70 € auf 80 € angehoben.“ Sie formuliert diesen Antrag schriftlich (s. unten)

### 1.c)

Frau Kemper-Bürger stellt alle 3 Modelle nochmals übersichtlich hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen auf das Ergebnis des Wirtschaftsplanes 2019 und 2020 vor:

<b>1. Variante 3 c</b>	<b>Variante 3c</b> Erhöhung der Vorstandsentschädigung um ca. 5% (Präs.: 4.043 €, Vizepräs.: 3.098 €, BeisitzerInnen: 1.260 €) Erhöhung der Sitzungsgelder auf 70 € (40%) und Beauftragte + AusschußsprecherInnen auf 200 € (33,33 %)	voraussichtliches Ergebnis <u>Wiplan</u> 2019: <b>-32.919 €</b> Ausblick 2020: <b>33.321 €</b>
<b>2. Variante 8 + 10</b>	<b>Variante 8</b> Erhöhung der Vorstandsentschädigung für Präs. + Vizepräs. um ca. 22% (Präs.: 4.700 €, Vizepräs.: 3.600 €) + für BeisitzerInnen um 25% (1.500 €) + Erhöhung der Sitzungsgelder auf 70 € (40%) und Beauftragte + AusschußsprecherInnen auf 200 € (33,33%)  <b>Variante 10</b> Erhöhung der Vorstandsentschädigung für Präs. + Vizepräs. um ca. 22% (Präs.: 4.700 €, Vizepräs.: 3.600 €) + für BeisitzerInnen um 25% (1.500 €) + Erhöhung der Sitzungsgelder auf 100 € (100%) und Beauftragte + AusschußsprecherInnen auf 200 € (33,33%)	voraussichtliches Ergebnis <u>Wiplan</u> 2019: <b>-64.107 €</b> Ausblick 2020: <b>-37.947 €</b>
<b>3. Variante 6c + 10</b>	<b>Variante 6c</b> Erhöhung Vorstandsentschädigung für Präs. + Vizepräs. um 10% (Präs.: 4.235 €, Vizepräs.: 3.245 €) und BeisitzerInnen um 25% (1.500 €) + Erhöhung der Sitzungsgelder auf 80 € (60%) und Beauftragte + AusschußsprecherInnen auf 200 € (33,33%)  <b>Variante 10</b> Erhöhung der Vorstandsentschädigung für Präs. + Vizepräs. um ca. 22% (Präs.: 4.700 €, Vizepräs.: 3.600 €) + für BeisitzerInnen um 25% (1.500 €) + Erhöhung der Sitzungsgelder auf 100 € (100%) und Beauftragte + AusschußsprecherInnen auf 200 € (33,33%)	voraussichtliches Ergebnis <u>Wiplan</u> 2019: <b>-67.627 €</b> Ausblick 2020: <b>-37.947 €</b>

Frau Rohe und Frau Bark unterstützen das Modell 6c/10 und sehen darin eine gerechtere Verteilung der Entschädigungen zwischen den Entschädigungen für den Vorstand und den Delegierten.

## 2. Fragen und Diskussionsbeiträge:

- Die Berechnung der Mehreinnahmen wurde auf Basis des durchschnittlichen Zuwachses der Mitgliedsbeiträge der letzten 5 Jahre kalkuliert.
- Die Modelle sind das Ergebnis aus Diskussionen bei den Klausurtagungen von Finanzausschuss und Vorstand.
- Verschiedene Annahmen zur Einnahmenentwicklung wurden getroffen und berechnet; es ist da-



von auszugehen, dass Neuapprobierte nicht mehr in den obersten Beitragsklassen zu finden sein werden, diese Annahme wurde berücksichtigt.

- Abschmelzen der Rücklagen in den nächsten 3 Jahren erforderlich, da Anmerkung der Aufsicht.
- Die Überschüsse der letzten Jahre sind vor allem dadurch entstanden, dass es einen Mitgliederzuwachs von 4,2% pro Jahr gab.
- Aufbau des Kapitalstocks seit 2011 notwendig, da höhere Miete oder Kauf einer Immobilie im Raum steht und in 6 Jahren wieder neue Diskussion zur Immobiliensituation absehbar sind.
- Leistungsbezogene Entschädigungs-Modelle bzw. Varianten mit Stunden-bezogenen Entschädigungszahlungen kommen nicht in Frage, da zu hoher (Verwaltungs)aufwand und sie der Idee des Ehrenamts widersprechen.
- Anmerkung zum Vergleich mit anderen Kammern: oft werden neben den Entschädigungspauschalen noch Sitzungsgelder an den Vorstand gezahlt; in Berlin erhält der Vorstand keine zusätzlichen Sitzungsgelder.
- Ehrenamtlicher Charakter der Vorstandstätigkeit geht bei zu hohen Entschädigungen wie in den Modellen 8/10 bzw. 6c/10 verloren
- Es wird davon ausgegangen, dass sich approbierte PsychotherapeutInnen zukünftig neue Arbeitsfelder suchen werden, wenn die klassische Tätigkeit in einer kassenzugelassenen Praxis nicht möglich ist. In diesem Zusammenhang wurde von Frau Kemper-Bürger nochmals klargestellt, dass Einkünfte auch dann als berufsbezogen gelten, wenn die Tätigkeit keine unmittelbare Qualifikation als approbierte/r Psychotherapeut/in erfordert, aber die erworbenen Kenntnisse trotz allem mit in die Tätigkeit eingebracht werden können (s. Berliner Heilberufekammergesetz).

### 3.

Stephanie Bark stellt folgenden Antrag: „Die DV wird aufgefordert auch über *Modell 6c+10* abzustimmen“.

Es folgen weitere Diskussionsbeiträge.

Herr Prof. Fydrich stellt folgenden Antrag zur Geschäftsordnung: Ende der Rednerliste und Abstimmung über die 3 Modelle.

Ergebnis: Ja: 19      Nein: 12      Enthaltungen: 6

Der Antrag ist angenommen.

Die letzten beiden RednerInnen auf der Liste sprechen noch, danach wird die Diskussion beendet.

### 4.

Frau Isaac-Candeias stellt einen Antrag zur Durchführung von geheimen Wahlen.

Frau Kemper-Bürger erklärt das Abstimmungsverfahren entsprechend der Geschäftsordnung der Delegiertenversammlung. Als weitestgehender Antrag ist nach Rücksprache mit der Aufsichtsbehörde der Antrag anzusehen, der in diesem Fall die weitreichendsten finanziellen Folgen gegenüber der heutigen Situation mit sich bringt.

Die Sitzungsleitung wünscht eine kurze Pause zur Besprechung des weiteren Vorgehens- Nach 5 Minuten Fortsetzung der Sitzung.

Frau Szirmak von der Sitzungsleitung erläutert den Ablauf der Abstimmung.

1. Antragstellung durch Frau Dr. Trösken
2. Einigung auf das Wahlverfahren
3. Abstimmung über weitestgehenden Antrag
4. Wird dieser abgelehnt, erfolgt Abstimmung über den dann folgenden weitestgehenden Antrag



1. Der Antrag von Frau Dr. Trösken wird nochmals präsentiert und lautet wie folgt:

Antrag

Die Entschädigungen für die Mitglieder des Vorstands sollen nach 6 Jahren angehoben werden von 3.850 € auf 4.700 € für den Präsidenten, von 2.950 € auf 3.600 € für die Vizepräsidenten und von 1.200 € auf 1.500 € für die Beisitzer.

Die Ausschusssprecher erhalten zukünftig eine monatliche Aufwandspauschale in Höhe von 200 € (bisher: 150 €).

Hinweis: Die monatliche Aufwandspauschale der ständig vom Vorstand Beauftragten wird gemäß Ziff. 2.4.2 der EntschO durch Vorstandsbeschluss auf 200 € angehoben – hierfür bedarf es daher keiner Änderung der EntschO.

**Im Übrigen werden die Sitzungsgelder für das Jahr 2019 von 50 € auf 70 € und ab dem Jahr 2020 von 70 € auf 80 € angehoben.**

Für Mitglieder des Vorstands, der Delegiertenversammlung und der Ausschüsse soll die Möglichkeit geschaffen werden, eine Entschädigung für tatsächlich notwendige Betreuungskosten vor Durchführung einer Sitzung zu beantragen. Dieser Betrag wird auf maximal 15 € pro Stunde und maximal 120 € pro Tag begrenzt.

Alternativen

Es liegen 3 weitere Modelle zur Gestaltung der Entschädigungsordnung vor. Diese Modelle wurden in der DV vorgestellt.

Gez. für Dr. Anne Trösken, Dr. Ulrike von Lersner, Prof. Thomas Fydrich“

**Somit liegen 4 Modelle zur Abstimmung vor, die von der Sitzungsleitung zur Wahl gestellt werden**

Jan Kordt stellt folgenden Geschäftsordnungs-Antrag: „Die DV möge beschließen, dass über alle vier Modelle in einem Wahlgang parallel abgestimmt wird.“ Die Abstimmung erfolgt.

Ergebnis: Ja: 10                      Nein: 25                      Enthaltung: 1

Der Antrag ist abgelehnt. Über die jeweiligen Modelle wird nacheinander abgestimmt.

Frau Szirmak erläutert nochmals den Ablauf der nun folgenden Abstimmung. Die Wahlen erfolgen geheim. Die Modelle werden in folgender Reihenfolge abgestimmt. Sobald ein Antrag angenommen wurde, braucht über die folgenden Modelle nicht mehr abgestimmt zu werden.

1. Wahlgang: Abstimmung über Modell 6c/10
2. Wahlgang: Abstimmung über Modell 8/10
3. Wahlgang: Abstimmung über Modell 8/10 a
4. Wahlgang: Abstimmung über Modell 3c

**1. Wahlgang: Abstimmung über Entschädigungsmodell 6c/10**

Ergebnis: Ja: 12                      Nein: 25                      Enthaltung: 0

Der Antrag ist abgelehnt.

**2. Wahlgang: Abstimmung über Entschädigungsmodell 8/10**

**(=Vorlage Nr. 111/2018 nebst Anlage (Änderungsbefehl) Stand 23.11.2018)**

Ergebnis: Ja: 21                      Nein: 16                      Enthaltung: 0

Der Antrag ist angenommen.

Mittagspause von 14:30-15:00 Uhr



## TOP 6 Wirtschaftsplan 2019

### 6.1 Bericht und Entlastung der internen Rechnungsprüfer für 2017

### 6.2 Entlastung VS 2017

### 6.3 Festsetzung und Abstimmung des Wirtschaftsplans 2019 - Vorlage Nr. 112/2018 Diskussion und Abstimmung

### 6.4 Festsetzung und Abstimmung der Mitgliedsbeiträge 2019 - Vorlage Nr. 113/2018 Diskussion und Abstimmung

#### 6.1.

Der schriftliche Bericht der Rechnungsprüferinnen liegt vor. Frau Lämmel bedankt sich für die sehr gute Arbeit der Buchhaltung der Geschäftsstelle – Applaus.

Herr Nutt beantragt die Entlastung der Rechnungsprüferinnen für die Prüfung des Jahres 2017.

Ergebnis: Ja: Mehrheit (ohne Auszählung)      Nein: 0      Enthaltungen: 2  
Der Rechnungsprüferinnen sind entlastet.

#### 6.2.

Frau Isaac-Candeias beantragt die Entlastung des Vorstands für 2017.

Ergebnis: Ja: 34      Nein: 0      Enthaltungen: 0  
Der Vorstand ist entlastet.

#### 6.3.

Frau Hillenbrand erläutert die Vorlage Nr. 112/2018 nebst Anlagen 1-9.

Frau Hillenbrand verweist hier besonders auf ein geplantes Kammer-Projekt zur Versorgungsforschung / zukünftige Arbeitsfelder.

Herr Krenz erklärt, dass hierzu ein Fachtag geplant ist. Ziel des Projektes soll es sein, qualitative Kriterien (z.B. „Was heißt psychotherapeutischer Behandlungsbedarf?“) für eine angemessene psychotherapeutische Versorgung zu entwickeln, um diese dann in der Politik im Kontext der Diskussionen zur Bedarfsplanung vorzubringen. Das Projekt soll mit Kooperationspartnern in der Forschung durchgeführt werden. Frau Dr. Gutz schlägt vor, das Projekt auch weiter im Rahmen des Koordinierungsgremiums zu besprechen, da mehrere Ausschüsse inhaltlich tangiert seien.

Fragen und Anmerkungen zum Wirtschaftsplan:

Herr Thielen stellt fest, dass die Planung „immer sehr großzügig“ erfolgt. Aus seiner Sicht ist es notwendig zu überprüfen, bei welchen Posten ggfs. aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre eingespart werden könnte und diese Posten dann auch beim nächsten Mal niedriger anzusetzen. Herr Saecker sieht diese Vorgehensweise kritisch. Aus der DV gibt es verschiedene Stimmen, die z. B. das Investitionsvolumen im Bereich Öffentlichkeitsarbeit / Aktualisierung der Homepage als niedrig empfinden.

Zur Abstimmung kommt die Vorlage Nr. 112/2018 nebst Anlagen 1-9. Gegenstand: Wirtschafts-/Finanzplan 2019 Beschlusstext: gemäß Vorlage Nr. 112/2018 nebst Anlagen 1-9

Ergebnis: Ja: 29      Nein: 5      Enthaltungen: 1  
Der Antrag und somit der Wirtschaftsplan 2019 ist angenommen.

#### 6.4.

Zur Abstimmung kommt die Vorlage Nr. 113/2018 nebst Anlage (Beitragstabelle). Gegenstand: Festsetzung der Mitgliedsbeiträge 2019 Beschlusstext: gemäß Vorlage Nr. 113/2018 nebst Anlage (Beitragstabelle)

Ergebnis: Ja: 35      Nein: 0      Enthaltungen: 0  
Der Antrag und somit die Mitgliedsbeiträge 2019 sind angenommen.



## TOP 7 Bedarfsplanung Präsentation vom Ausschuss Versorgung und Diskussion

Frau Dr. Gutz als Sprecherin des Ausschusses Versorgung präsentiert den aktuellen Stand zur Bedarfsplanung (siehe hierzu *Anlage 4 zum Protokoll*).

(Applaus)

Ergänzend zum Vortrag werden folgende Fakten aus der DV ergänzt:

- Jede Hochschul- und Ausbildungsambulanz verfügt über eine Ermächtigung. Herr Luttermann schätzt, dass der durchschnittliche Umfang von den in den ermächtigten Ambulanzen erbrachten Leistungen jeweils etwa dem von 12 Praxen entspricht.
- Entsprechend des länderübergreifenden Gesundheitsberichts 2015 (Berlin-Brandenburg) sind bei 42,3 % der Frühberenteten psychische Erkrankungen die Ursache hierfür (Herr Pauli)

Da mit einem Abbau der Sitze in Berlin zu rechnen ist, sammelt die DV erste Argumente und Möglichkeiten, wie ein Abbau verhindert bzw. abgeschwächt werden kann:

- Vorhalten von Kapazitäten in Notfällen / Katastrophensituationen in Berlin notwendig – hier ist unklar, ob das wirklich gebraucht wird. Herr Pauli ergänzt, dass der Krisendienst in diesem Feld am stärksten agiert. Er hält es für wichtig, eine Systematik zu entwickeln, verbunden mit einer Liste von approbierten Psychotherapeuten, die darauf spezialisiert und bereit sind in Kontakt mit dem Krisendienst zu treten, um bei einem Großschadenereignis schnell darauf zurück zu greifen.
- Auslastung der Sitze im Fokus behalten. Ziel der Kammer muss sein, dass Sitze in unterversorgten Gebieten durch approbierte PsychotherapeutInnen besetzt werden.
- Idee des Aufbaus von Ausbildungszentren als „Satelliten“ in ländlichen Räumen
- Erarbeitung einer gemeinsamen Strategie mit Sammlung der Besonderheiten von Berlin zur öffentlichkeitswirksamen Darstellung
- Anmerkung zum Argument höheres Nachfrageverhalten von 8,9% (Inanspruchnahme von Hilfen) in Berlin - dieses Argument könnte auch anders interpretiert werden (höhere Nachfrage aufgrund größeres Angebotes)

Es bestehen unterschiedliche Erfahrungen, wie die Auslastungssituation der Praxen tatsächlich ist. Praxen werden in unterschiedlicher Intensität aufgesucht, dies hängt von einer Vielzahl von Kriterien ab. Frau Springer ergänzt, dass es rechtlich nicht so einfach ist, Sitze zu verschieben. Der KV Vorstand und der Zulassungsausschuss prüfen derzeit gemeinsam zunächst, ob ein Standortaus Versorgungsgründen notwendig ist. Die 3-4 unterversorgtesten Regionen sollen zunächst berücksichtigt werden. Aus ihrer Sicht muss die Kammer versuchen, gemeinsam mit der KV, Strukturen zu entwickeln, wie zukünftig eine adäquate ambulante Versorgung in Berlin möglich ist. Aus ihrer Sicht werden Einzelpraxen langfristig nicht mehr das gängige Modell darstellen.

Frau Röseler regt an, einen Klausurtag dazu zu veranstalten und das Thema als TOP für das Koordinierungsgremium aufzunehmen.

Frau Hesberg unterstützt die Idee eines Klausurtag und stellt einen GO-Antrag, die Diskussion zu beenden.

Ergebnis: Ja: Mehrheit (ohne Auszählung)    Nein: 0    Enthaltungen: 0

Der Antrag ist angenommen.

Kurze Kaffeepause



**TOP 8 TSVG – Resolution  
Vorlage Nr. 114/2018  
Diskussion und Abstimmung**

Besprochen wird die Vorlage Nr. 114/ 2018.

Frau Schweitzer – Köhn führt aus, dass das geplante Terminservice- und Versorgungsgesetz seitens des Bundesrates nicht genehmigungspflichtig ist. Daher ist es immer noch wichtig, sich als Kammer zu äußern und klar zu positionieren. Die 1. Lesung im Bundestag ist für den 13.12.18 geplant, danach erfolgt die Anhörung im Gesundheitsausschuss. Das Gesetz soll am 1.4.19 in Kraft treten.

Frau Röseler schlägt vor, den Link zur Petition an alle Mitglieder zu versenden. Frau Dr. Trösken hält das von Frau Kolat vorgebrachte Argument, zur besseren Behandlung von älteren PatientInnen sowie PatientInnen mit schweren psychischen Erkrankungen eine gestufte Versorgung einzuführen für nachvollziehbar. Aus Sicht von Frau Schweitzer-Köhn ist die von Frau Kolat vorgebrachte Argumentation nicht richtig. Herr Krenz hält es für sehr problematisch, dass die Politik eine Patientengruppe gegen eine andere ausspielt. Der Versuch mit Frau Kolat hierüber ins Gespräch zu kommen ist nicht gelungen.

Zur **Abstimmung** kommt die Vorlage Nr. 114/2018. Gegenstand: Resolution der DV zum geplanten Termin- und Servicestellengesetztes Beschlusstext: gemäß Vorlage Nr. 114/2018

**Ergebnis:** Ja: 32      Nein: 0      Enthaltungen: 0

Der Antrag ist angenommen.

**TOP 9 Kauf eines Bildes durch die Kammer  
Diskussion und Abstimmung**

Wie bereits in der letzten DV diskutiert, wird überlegt, ob die Kammer ein Bild des Künstlers der aktuellen Ausstellung anschafft. Frau Isaac-Candeias informiert, dass die Kammer ein Bild bis max. 7.000 EUR kaufen kann. Der Künstler würde eine Auftragsarbeit für die Kammer erstellen. Frau Isaac-Candeias nimmt den Antrag auf Entscheidung über den Kauf in dieser DV zurück. Der TOP soll im Rahmen der nächsten DV abschließend behandelt werden.

**TOP 10 Nachwahl von Herrn Stöblein als stellvertretender Bundesdelegierter  
als Ersatz für Gülüzar Schieweck - mündlicher Antrag der KJP-Liste  
Diskussion und Abstimmung**

Aufgrund der Mandatsniederlegung von Frau Schieweck (am 16.3.18) stellt die KJP-Liste den Antrag auf Nachwahl von Herrn Christoph Stöblein als stellvertretender Bundesdelegierter.

Gegenstand: Nachwahl stellvertretender Bundesdelegierter Beschlusstext: Herr Christoph Stöblein soll als stellvertretender Bundesdelegierter gewählt werden.

**Ergebnis:** Ja: Mehrheit (ohne Auszählung)      Nein: 0      Enthaltungen: 0

Der Antrag ist angenommen. Herr Stöblein ist als stellvertretender Bundesdelegierter gewählt.

Herr Stöblein nimmt die Wahl an.

**TOP 11 Sonstiges**



## 11.1 DV-Termine 2019: Terminvorschläge

Der DV liegen Terminvorschläge für das Jahr 2019 vor. Herr Krenz führt aus, dass zunächst nur 3 statt 4 Termine festgesetzt worden sind, da ein Termin flexibel freigehalten werden soll, um ggfs. eine Sondersitzung zum Thema Ausbildungsreform und/oder Abstimmung der angepassten Satzungen und Ordnungen an das neue Berliner Heilberufekammergesetz einzuberufen.

Die Terminvorschläge werden abgestimmt.

**Ergebnis:** Ja: Mehrheit (ohne Auszählung)      Nein: 0      Enthaltungen: 0

Die Delegiertenversammlungen in 2019 finden wie folgt statt:

Dienstag, 2.4.2019 – 19 Uhr  
Dienstag, 20.8.2019 – 19 Uhr  
Samstag, 23.11.2019 – Ganztags - DV  
N.N. – flexibel für mögliche Sondersitzung

Die nächste Delegiertenversammlung findet am Dienstag, 2.4.2019 – 19:00 Uhr in der Geschäftsstelle statt.

Die Sitzung endet um 17:00 Uhr.

Berlin, den 24.11.2018

gez. Wolfgang Nutt  
stellv. Sitzungsleitung

gez. Michael Krenz  
Präsident

gez. Lissy Klötzner  
Protokollantin

Anlagen zum Protokoll:

Anlage 1 – Namensliste der Anwesenden  
Anlage 2 – Änderungsanträge Protokoll der 67. DV  
Anlage 3 – Präsentation Aufgaben Vorstand  
Anlage 4 – Präsentation Frau Dr. Gutz zur Bedarfsplanung

Protokoll versandt am: 19.12.18  
genehmigt am: 2.4.2019



#### Anlage 1 Namensliste der Anwesenden – Delegierte

Nr.	Anrede	Name	Vorname	Titel
1	Frau	Bark	Stephanie	
2	Herr	Bertram	Heinrich	
3	Herr	Ebel	Peter	
4	Frau	Eger	Carmen	
5	Herr	Franke	Reinhard	
6	Frau	Fricke	Nina	
7	Herr	Fydrich	Thomas	Prof. Dr.
8	Frau	Gammell	Christiane	
9	Frau	Gutz	Lea	Dr.
10	Frau	Hefets-Borchardt	Iris	
11	Frau	Hesberg	Lieselotte	
12	Frau	Hesse	Andrea	
13	Frau	Hillenbrand	Dorothee	
14	Frau	Hülse-Matia	Moriah Christina	
15	Frau	Isaac-Candeias	Pilar	
16	Frau	Karameros-Bueschelmann	Archontula	
17	Herr	Kordt	Jan	
18	Frau	Kranewitz	Cornelia	
19	Herr	Krenz	Michael	
20	Frau	Lämmel	Beate	
21	Herr	Luttermann	Alfred	
22	Herr	Melcher	Mario	
23	Frau	Meybohm	Ute	
24	Herr	Müller-Rehberg	Willy-Gerd	
25	Herr	Nutt	Wolfgang	
26	Herr	Pauli	Gerhard	
27	Frau	Rohe	Alexandra	
28	Frau	Röseler	Doreen	
29	Herr	Saecker	Götz	
30	Frau	Schweitzer-Koehn	Eva-Maria	
31	Frau	Springer	Angelika	
32	Herr	Stöblein	Christoph	
33	Frau	Szirmak	Zsofia	Dr.
34	Herr	Thielen	Manfred	Dr.
35	Frau	Trösken	Anne	Dr.
36	Frau	von Lersner	Ulrike Freifrau	Dr.
37	Frau	Voss	Gudrun	

#### Anlage 1 Namensliste der Anwesenden – Gäste

Nr.	Anrede	Name	Vorname	Titel
1	Frau	Dragunowa	Olga	